

„WER HEUTE UNTERSTÜTZUNG KÜRZT, ZAHLT MORGEN DOPPELT.“

Offener Brief zur Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Angebote in Oberösterreich

Linz, am 17. Juni 2026

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schumann,
Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,
Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Mag. Stelzer,
Sehr geehrte Mitglieder der oberösterreichischen Landesregierung,
Sehr geehrte Klubobfrauen und Klubobmänner der Parteien im Oö. Landtag,
Sehr geehrte oö. Vertreter:innen der Sozialpartner,
Sehr geehrte Verantwortliche im AMS,
Sehr geehrte Vertreter der Landesgruppe Oberösterreich des Österreichischen
Städtebundes und des Oö. Gemeindebundes,

als **Sozialplattform Oberösterreich**, Netzwerk von 46 sozialen Organisationen in OÖ,
Dachverband der arbeitsmarktpolitischen Trägerorganisationen und Teil von arbeit plus
Österreich, wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie.

Anlass sind die aktuell kommunizierten weiteren Kürzungen in den vom AMS OÖ
finanzierten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik, die in vielen Projekten Einschnitte
von **25 bis 30 % des Fördervolumens** bedeuten – nach bereits deutlichen Reduktionen in
den Jahren 2024 und 2025.

Wir ersuchen Sie eindringlich, ein **Abfedern dieser Kürzungen** durch Mittel aus Ihren
jeweiligen Entscheidungsbereichen zu prüfen und sich für tragfähige Lösungen gemeinsam
mit den Trägerorganisationen einzusetzen.

Denn die geplanten Einsparungen haben **gravierende Auswirkungen**: auf arbeitslose
Menschen, auf zahlreiche Arbeitsplätze bei den Organisationen als Arbeitgeber:innen, auf
regionale Versorgungsstrukturen und auf den oberösterreichischen Arbeitsmarkt
insgesamt.

Worum es geht

Die Angebote und Projekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind ein zentraler Bestandteil der regionalen Infrastruktur:

- Sie unterstützen Menschen dabei, **wieder Fuß am Arbeitsmarkt zu fassen.**
- Sie sichern **Fachkräftepotenziale für die Wirtschaft.**
- Sie **stabilisieren** Menschen in herausfordernden Lebenssituationen.
- Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur **sozialen Stabilität** unserer Gesellschaft.

Diese Leistungen sind kein „Zusatzangebot“, sondern ein tragender Pfeiler funktionierender Arbeitsmarktpolitik.

Was sich aktuell verändert

Mit den geplanten Kürzungen ist eine grundlegende Verschiebung absehbar:

- **Statt individueller Beratung und Begleitung** droht eine Reduktion auf reine Informationsangebote.
- **Reintegration in den Arbeitsmarkt** wird erschwert.
- Arbeitslosigkeit wird **eher verwaltet als aktiv bearbeitet.**
- Bewährte Angebote **verlieren an Qualität, Reichweite und Wirksamkeit.**
- Viele **Menschen verlieren den Zugang** zu Unterstützung, die sie für den Wiedereinstieg dringend brauchen.

Die Konsequenz ist klar: Weniger Menschen schaffen einen (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt – insbesondere jene mit erhöhtem Unterstützungsbedarf. Gleichzeitig wächst eben diese Zielgruppe: Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Personen in OÖ ist im Jahresvergleich um 18,2 % gestiegen. Damit ist bereits rund ein Drittel der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne signifikante Unterbrechung ohne Beschäftigung.

Was das konkret bedeutet – zwei Beispiele:

- Mindestens ein Drittel der Transitarbeitsplätze in sozialökonomischen Betrieben wird in Arbeitstrainingsplätze umgewandelt – verbunden mit dem Verlust eines regulären Einkommens für 200-300 Arbeitslose. Ein eingesparter Transitarbeitsplatz ist nicht nur eine Budgetposition weniger -er bedeutet auch, dass einem Menschen eine verbesserte Chance auf den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt genommen wird.

- Wer im Mai 2026 arbeitslos wurde und vom regionalen AMS in ein Beratungsprojekt vermittelt wurde, erhielt dort in acht Terminen persönliche arbeitsmarktbezogene Beratung und konkrete Unterstützung bei der Bewerbungsarbeit. Wer im August 2026 arbeitslos wird und in ein Beratungsprojekt vermittelt wird, erhält im gleichen Beratungsprojekt nur noch drei Beratungstermine, in denen ausschließlich Bewerbungsunterlagen aktualisiert werden können. Ab Juli 2026 erstreckt sich diese Einschränkung der Angebote auch auf spezifische Zielgruppen, die häufig einen besonderen Unterstützungsbedarf beim (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt haben, wie Frauen, Migrant:innen und Personen mit gesundheitlichen Herausforderungen.

Die Folgen gehen weit über den AMS-Kontext hinaus

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen betreffen nicht nur einzelne Projekte, Organisationen oder die einzelnen Kund:innen der Angebote und Dienstleistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Sie betreffen den gesamten Wirtschafts- und Sozialraum Oberösterreich:

- Für die heimische Wirtschaft bedeutet weniger Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration auch weniger verfügbare Arbeitskräfte und weniger ausgeschöpftes Fachkräftepotenzial.
- In den OÖ Regionen wird es zur Schließung von Standorten kommen, zudem drohen der Rückzug von Angeboten aus ländlichen Räumen und der Verlust gewachsener regionaler Strukturen, die arbeitslosen Menschen bisher wohnortnahe und rasche Unterstützung ermöglichen.
- Beschäftigungsprojekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind auch wichtige kommunale Dienstleister, die mit langjährigen, erfolgreichen Kooperationen Gemeindebudgets entlasten und maßgeblich zur Erreichung landespolitischer Ziele (etwa im Bereich Kreislaufwirtschaft) beitragen. Weitere Einschränkungen werden auch hier nicht ohne Auswirkungen bleiben.
- Auch in Bezug auf die konkreten Beschäftigungszahlen werden sich Konsequenzen ergeben: Die Kürzungen führen bei den Trägerorganisationen zu Personalabbau, in einem Ausmaß, dass die geplanten Arbeitsplatzreduktionen zur Auslösung des AMS-Frühwarnsystems führen. Und dies bei bereits steigenden Arbeitslosenzahlen im Sozial- und Gesundheitsbereich.

- Für den (Oö.) Sozial- und Gesundheitsbereich ist mit steigenden Folgekosten durch Langzeitarbeitslosigkeit und somit einer Verlagerung von Kosten in andere Systeme zu rechnen.
- Gleichzeitig sinkt der volkswirtschaftliche Beitrag der Sozialwirtschaft als Branche, wenn sich, als Folge von Personalabbau und Standortschließungen, die öffentlichen Abgaben der Träger etwa aus (Lohn-)Steuer oder Sozialversicherungsbeiträgen reduzieren.

Was kurzfristig eingespart wird, wird mittel- und langfristig an anderer Stelle mehrfach negativ wirksam.

Unsere zentrale Sorge

Derzeit entsteht der Eindruck, dass Anpassungen vordergründig entlang vorhandener Budgetspielräume erfolgen – **nicht jedoch auf Basis einer gemeinsam entwickelten, regional abgestimmten Strategie.**

Damit droht ein Verlust von Struktur, Qualität und Wirksamkeit in einem Bereich, der für Zusammenhalt und wirtschaftliche Stabilität zentral ist.

Unser Anliegen

Wir möchten bewusst keinen Konflikt zuspitzen. Unser Anliegen ist es, die realen Konsequenzen sichtbar zu machen – und **gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln.**

Unsere Forderungen

Wir ersuchen Sie daher eindringlich um folgende Schritte:

- **Planungssicherheit bis Ende 2027 schaffen**
 - Verlässliche Rahmenbedingungen für Trägerorganisationen, Mitarbeitende und Teilnehmer:innen
 - Erarbeitung gemeinsamer, tragfähiger Lösungen durch alle Finanzierungsbeteiligten
- **Ein klares Zukunftsbild entwickeln und kommunizieren**
 - Wie soll die Landschaft der arbeitsmarktpolitischen Angebote in Oberösterreich Ende 2027 aussehen? Wer ist an der Entwicklung beteiligt?
 - Welche Rolle spielen regionale Strukturen, unterschiedliche Zielgruppen und wirtschaftliche Entwicklungen?

- **Einbindung der Trägerorganisationen in Entscheidungsprozesse sicherstellen**
 - Nutzung der langjährigen Expertise vor Ort
 - Entwicklung abgestimmter Lösungen gemeinsam mit Regionen und Partnern

Ein gemeinsamer Blick nach vorne

Oberösterreich verfügt über ein gewachsenes, differenziertes System arbeitsmarktpolitischer Angebote. Dieses System ist eng mit regionalen Bedürfnissen verknüpft, hat über Jahre hinweg Wirksamkeit bewiesen und bildet eine wichtige Brücke zwischen Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft. Es jetzt ohne klare Perspektive zu schwächen, bedeutet, bewährte Strukturen aufs Spiel zu setzen.

Unser Appell

Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns einen Blick über kurzfristige Einsparlogiken hinaus zu richten. Arbeitsmarktpolitik ist immer auch Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und Wirtschaftspolitik.

Oder anders gesagt:

Wer heute Unterstützung kürzt, zahlt morgen doppelt.

Wir teilen das Ziel, öffentliche Mittel wirksam, treffsicher und verantwortungsvoll einzusetzen. Gerade deshalb warnen wir davor, bewährte arbeitsmarktpolitische Angebote pauschal zu kürzen. Wer Beratung, Beschäftigung und individuelle Begleitung reduziert, spart nicht effizient, sondern schwächt jene Strukturen, die Menschen nachhaltig in Arbeit bringen.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, ein stabiles, wirksames und zukunftsfähiges System für Oberösterreich zu sichern!

Mit freundlichen Grüßen

Sozialplattform Oberösterreich

(Dachverband der arbeitsmarktpolitischen Trägerorganisationen)



Simone Diensthuber
Vorstandsvorsitzende Sozialplattform OÖ



Stefan Thurner
Geschäftsführer Sozialplattform OÖ

Unterstützt von der Vernetzung der arbeitsmarktintegrativen Angebote in der Sozialplattform OÖ:

